



Studiengebühren durch die Hintertür?

Problemfall Masterstudiengänge

Wer kennt sie nicht, die Diskussion um Sinn und Unsinn der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge? Der Ursprung dieser beiden Abschlüsse liegt zwar im angelsächsischen Raum, innerhalb der nächsten Jahre sollen sie aber auch an deutschen Unis wesentlich an Bedeutung gewinnen und früher oder später Diplom und Magister ablösen.

Der Bachelor ist ein Kurzstudiengang (Dauer maximal 6 Semester/3 Studienjahre) der zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss führen soll und eher praktisch angelegt ist. Auf diesem Abschluss aufbauend kann noch der mehr wissenschaftlich orientierte

Masterstudiengang (mit einer Dauer von 2 bis 4 Semestern) absolviert werden.

Die Hoffnungen, die deutsche Bildungsexperten damit primär verbinden, sind verkürzte Studienzeiten mit einer geringeren Quote von Studienabbrechern und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Universitäten im internationalen Vergleich.

Im Gegensatz dazu sehen die Kritiker dieser neuen Studienabschlüsse die größten Gefahren in einer Verschulung des Hochschulwesens durch die Einschränkung der Wahlmöglichkeiten sowie in einer Elitenbildung, da es im Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium

gegen studiengebühren und sozialabbau INHALTE & HINTERGRÜNDE

Nr.1

AK INHALT im Streik an der RWTH Aachen

Zulassungsbeschränkungen geben wird.

Aber wie kam es eigentlich zur Einführung von Bachelor und Master an deutschen Universitäten?

Im Mai 1998 kommt es zwischen Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland zur Unterzeichnung der Sorbonne-Erklärung, deren Ziel es ist, einen europäischen Hochschulraum zu schaffen.

Im Anschluss an diese Erklärung wird im August 1998 das Hochschulrahmengesetz (HRG) novelliert, wo in §19 die Einrichtung von Studiengängen „die zu einem Bachelor- oder Bakkalaureusgrad und zu einem Master- oder Magistergrad führen“ gestattet wird.

Im März 1999 erfolgt ein Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) zu „Strukturvorgaben für die Einrichtung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengängen“

Im Juni 1999 wird von 29 europäischen Staaten die Bologna-Erklärung unterzeichnet, welche die Unterzeichnerstaaten zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen verpflichtet. Dadurch soll die Mobilität der europäischen Studenten immens gesteigert werden.

Als Folgekonferenz der Bologna-Konferenz wird im Mai 2001 ein Treffen in Prag abgehalten an deren Ende das Prager Kommuniqué unterzeichnet wird. Hierin bekennen sich die 29 Unterzeichnerstaaten zur Qualitätssicherung der neuen Studienabschlüsse.

So eine Neuerung hat immer etwas Spannendes an sich. Doch sollte man die Konsequenzen, die die Einführung von Bachelor und Master mit sich bringt, genauer reflektieren. Man erhofft sich, die

Abbrecherquote zu verringern, da früher ein Abschluss erreicht wird. Doch sollte man sich an dieser Stelle fragen, ob die Meisten nicht gleich nach dem ersten oder zweiten Semester merken, dass das auserwählte Fach nicht ganz das Richtige war, oder ob sie damit warten, bis sie sowieso kurz vor ihrem Abschluss stehen.

Auch soll das Studium klarer strukturiert und das Prüfungssystem besser darauf abgestimmt sein. Diese Straffung der Studienzeiten hindert Studenten, die sich durch jobben ihr Studium selbst finanzieren müssen, dieses zu absolvieren. Außerdem hat die Änderung zur Folge, dass man sich nicht mehr so breitgefächert bilden kann wie es im Moment noch der Fall ist, sondern nur zielstrebig auf den zukünftigen Beruf hinarbeitet. Bei den Geisteswissenschaften ergibt sich zusätzlich als Problem, dass „der Beruf“ als solcher in den meisten Fächern gar nicht existiert. Wie kann man auf etwas hinarbeiten, von dem man nicht einmal weiß, wie es aussieht? Gerade in diesen Bereichen geht es darum, ein breites Basiswissen zu erhalten. Somit verliert die Universität ihren Status als Bildungseinrichtung, die die Fähigkeit zu kritischem Hinterfragen vermitteln und gesellschaftliche Erneuerungsprozesse in Gang setzen soll. Sie wird zu einer Ausbildungsstätte umfunktionalisiert.

Das Master-Aufbaustudium führt indirekt zu einem Zwei - Klassen - System. Der günstige Bachelor-Abschluss stellt der Wirtschaft preiswertere Arbeitskräfte zur Verfügung. Der Masterabschluss wird zu einem Aufbaustudium mit entsprechenden Studiengebühren umgewandelt, da bereits ein anerkannter Abschluss vorhanden ist. Somit ist er nur noch denjenigen zugänglich, die sich das auch finanziell leisten können.

Global denken- lokal handeln.

Was ist eigentlich GATS?

Das allgemeine Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services = GATS) ist eines von mehr als 20 Handelsvereinbarungen, die von der Welthandelsorganisation (WTO) verwaltet und in Kraft gesetzt werden. Es erfasst alle gesellschaftliche Basisdienstleistungen wie z.B. Bildung, Gesundheitswesen und Wasser. Das GATS wurde 1994 eingerichtet, als Ergebnis der sogenannten „Uruguay-Runde“. Die Gespräche wurden wie geplant 2000 auf den Weg gebracht und sollen bis Dezember 2002 zum Abschluss gebracht werden.

Das Mandat von GATS ist die „Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen“. Anders formuliert bedeutet dies den Abbau der staatlichen Barrieren für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistung. Ihr Ziel ist, es Regierungen unmöglich zu machen, öffentliche Dienste auf einer gemeinnützigen Basis zu betreiben, ohne die Beteiligung von privaten Unternehmen.

Zwar räumt der Paragraph 1.3C ein, dass Dienstleistungen als unter Regierungsautorität stehend anerkannt werden können, jedoch nur, wenn sie „vollkommend unentgeltlich“ zu Verfügung gestellt werden. Das bedeutet, dass die in Frage stehende Dienstleistung vollkommen von staatlicher Seite finanziert sein muss, und keine kommerziellen Zwecke haben darf. Keine der oben genannten Dienstleistungsbereiche erfüllt diesen Paragraphen, deshalb wird GATS der WTO erlauben, staatliche Handlungen bezüglich öffentlicher Dienstleistungen durch eine ganze Reihe gesetzlicher Zwänge einzuschränken. Jede Regierung, die den Regeln der WTO zuwider handelt, wird Sanktionen erfahren.

Keine staatliche Maßnahme, die den Handel von Dienstleistungen berührt, egal mit welchem Ziel, ist außerhalb des Zugriffs von GATS.

GATS-Verhandlungen genügen, wie die WTO insgesamt nicht modernen demokratischen Ansprüchen. Viele Absprachen werden hinter verschlossenen Türen getroffen, es fehlt jegliche parlamentarische Kontrolle, da die

Verhandlungen z.B. auf europäischer Ebene von der EU- Kommission und den nationalen Ministerien geführt werden. Weder Europarlament noch Bundestag haben bei den GATS-Verhandlungen echten Einfluss. Die breite Öffentlichkeit wird nur äußerst marginal informiert.

...und was bedeutet GATS für die Bildung??

Bildung ist ein besonders brisanter Bereich mit bislang geringen Liberalisierungen. Wirtschaftliche Interessengruppen aus den westlichen Industrieländern drängen aber auf Liberalisierung. Das Erziehungssystem soll innerhalb des nächsten Jahrzehnts global privatisiert werden, weil dort unschätzbare Profitbeträge erzielt werden können.

Was bisher zu Bereichen zählte, die für alle Menschen zugänglich sein sollten, wie Bildung und Gesundheitsvorsorge, werden vorgeschlagen, um sie zu Ware zu machen, zu privatisieren, zu verkaufen an den höchst bietenden auf dem freien Markt. Dies käme vor allem denjenigen zu gute, die sich Bildung (in hoher Qualität) leisten können. Ländliche Bereiche oder sozialschwache Gruppen der Gesellschaft sind dagegen für profitorientierte Konzerne meist uninteressant und werden vernachlässigt. Der amerikanische Erziehungsautor Jonathan Kozol nennt dies „Das Überleben der Kinder der Stärksten“, da ein gestuftes Erziehungssystem und soziales Sicherheitssystem die Norm überall auf der Welt werde, während wir kollektiv den Traum allgemeiner Rechte aufgeben. Wir schaffen Topschulen und Gesundheitsversorgungssysteme für die Eliten der Welt und ein gestuftes- oder überhaupt kein System- für diejenigen unter uns, die nicht mehr zählen.

In Europa und vielen anderen Ländern wurde bereits Erziehung auf die Liste des Zuständigkeitsbereiches von GATS gesetzt und öffnen damit ihren Erziehungssektor dem internationalen Wettbewerb. Die EU hat angekündigt, dass jede öffentlich betriebene

Schule in Europa bis zum Ende des Jahrzehnts mit einem Unternehmen zusammengeschlossen werden muss.

Was hat das nun alles mit uns zu tun?? Ganz ehrlich. Wir können nicht genau sagen, was passieren wird, da wie oben erwähnt es nur wenig Transparenz gibt. Die genaue Umsetzung des GATS wird nicht öffentlich diskutiert oder gar demokratisch legitimiert.

Wir können aber aus dem was uns bisher bekannt ist die weitere Entwicklung grob skizzieren. Studiengebühren werden nur der erste Schritt sein hin zu einem Bildungssystem, das in seiner Ausrichtung dem Grundrecht auf Bildung für alle Menschen fundamental entgegensteht. Ist dieses Grundrecht erst einmal ausgehöhlt, so ist der Schritt zu weiterer Liberalisierung nicht mehr weit.

Auch die Kürzung der Zuschüsse des Landes an das Studentenwerk gibt erneut Anlass über eine mögliche Privatisierung und ihre Konsequenzen nachzudenken. Die fehlenden Gelder werden letztendlich auf alle Studierenden umgelegt. Langfristig ist eine Privatisierung des Studentenwerkes wahrscheinlich, d.h. es würde den Regeln des freien Marktes unterworfen, was Preissteigerungen und Qualitätsverlust zur Folge hätte.

WTO

Die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO – World Trade Organisation) hat derzeit 144 Mitglieder (143 Staaten und die EU). Ziel der WTO ist die fortschreitende Liberalisierung

des Welthandels und die weltweite Sicherung der Eigentumsrechte von Unternehmen.

Im Interesse international agierende Konzerne setzt die WTO die weltweite Öffnung der Märkte durch. Immer neue Bereiche werden dem freien Spiel der Marktkräfte ausgeliefert. Dabei zementieren die WTO-Abkommen einmal erreichte Liberalisierung und machen diese unumkehrbar, was schon aus demokratischer Sicht eigentlich unmöglich ist. Vor allem die Europäische Union bemüht sich beständig um eine Erweiterung der Kompetenzen der WTO.

Die drei wichtigsten Grundpfeiler der WTO sind die Abkommen für Warenhandel (GATT- General Agreement on Tariffs and Trade), Dienstleistungen (GATS- General Agreement on Trade in Services) und geistige Eigentumsrechte (Trips – Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights). Für die große Durchsetzungskraft der WTO-Abkommen sorgt das gerichtsartige Streitschlichtungsverfahren.

Hier greift ein kleiner Kreis von HandlexpertInnen tief in die legislative und exekutive Rolle demokratischer Staaten ein. Die WTO-Richter beurteilen auch Umwelt- und Entwicklungsfragen fast ausschließlich auf der Grundlage der WTO-Handelregeln, sodass der Umwelt-, und Gesundheits- und Arbeitsschutz leicht unter die Räder gerät.

Studienkonten sind Studiengebühren

Keine faulen Kompromisse!

In den letzten Tagen mehren sich in der Öffentlichkeit die Stimmen, die angeblich Studiengebühren ablehnen. Im nächsten Satz kommt dann meist ein "Alternativvorschlag": Studienkonten. So kann man es von der NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler, von den Grünen, aber auch von Petzina, dem Rektor der Ruhr-Uni hören. Diese angebliche Alternative ist jedoch keine. Studienkonten haben ähnliche Auswirkungen wie Studiengebühren.

Studienkonten bedeuten, dass das Studium generell gebührenpflichtig wird. JedeR

Studierende hat nur eine bestimmte Anzahl an Semesterwochenstunden (SWS) frei, diese darf sie/er studieren, ohne zu zahlen. Wie viele SWS man frei bekommt, hängt vom Studiengang ab. Verlangt die Prüfungsordnung für einen bestimmten Studiengang z.B. insgesamt 160 SWS, dürfte man ungefähr so viele auf seinem Konto haben (plus ein paar Prozent mehr als Gnadengeschenk). Sind diese verbraucht, muss gezahlt werden. Und zwar nicht zu knapp. In der Diskussion sind 25 Euro pro zusätzliche SWS. Schon für eine weitere Veranstaltung muss man also 50 Euro

zahlen. Da sind schnell mal 350 Euro oder mehr in einem Semester zusammen.

Das von Gabriele Behler vorgeschlagene Modell sieht darüber hinaus konkret vor, dass man auf sein Studienkonto nur ein Erststudium machen kann. Zweitstudien sowie Seniorstudien werden trotzdem kräftig belangt. Auch wenn eventuell aus einem Erststudium noch "freie Kapazitäten" bestehen. Man muss sein Erststudium außerdem in einer bestimmten Zeit absolvieren, allerdings bekommt man immerhin die doppelte Regelstudienzeit zugestanden.

Diese Regelung klingt ja erstmal ganz moderat im Vergleich zu den derzeitigen Plänen von Ministerpräsident Clement (650 Euro für alle ab dem 13. Semester). Bei Studienkonten dürfte man die einfache Regelstudienzeit überschreiten, ohne sofort zu zahlen. Es wird daher immer propagiert, dass sich z.B. Studieren mit Nebenjob oder mit Kind so besser realisieren lasse. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber: Studienkonten klingen besser, sind aber genauso unsozial.

Die meisten Studierenden werden zahlen müssen. Nur wer sich genau an die vorgegebenen Studienabläufe hält, wird ohne Gebühren davonkommen. Die normale Biographie eines Studis sieht aber anders aus: Studienfachwechsel, Auslandsemester oder der Wechsel des Studienortes gehören zur Normalität. Genauso, dass man Veranstaltungen mal abbricht, weil man krank wird oder sich partout mit der/dem DozentIn nicht versteht. Bei all diesen Punkten fallen aber meist zusätzliche Veranstaltungen (also SWS!) an, weil man Stoff nachholen muss etc. Zur Kasse bitte.

Ebenfalls zahlen muss, wer nicht nur das Pflichtwissen lernen will, sondern sich durch zusätzliche Veranstaltungen weiteres Wissen aneignen will. Umfassend gebildete Menschen scheinen nicht gebraucht zu werden. Damit fällt die Uni ein weiteres mal hinter ihren Anspruch zurück, nicht nur Durchlaufstation Richtung Arbeitsmarkt, sondern auch Ort der Bildung, des Wissens und der Kritik zu sein. EinE StudentIn, die sich mit letzt-eren Sachen "aufhalten" will, wird kräftig zur Kasse gebeten. Der Studienablauf wird so über einen Pflichtkanon normiert, vielfältige

Studienbiographien scheinen nicht erwünscht. Sonderfall Bochum

Noch völlig unklar ist, wie sich Studienkonten auf Bochum auswirken werden. Denn bisher gibt es nur hier die neuen gestuften Studiengänge (Bachelor/Master). Die Regel soll sein, dass das Erststudium gebührenfrei ist, für das Zweitstudium soll generell gezahlt werden. Ein Erststudium gilt bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss, dies ist bei gestuften Studiengängen der Bachelor (BA). Die Gebührenfreiheit der Master-Phase kann bei Studienkonten niemand garantieren!

Studienkonten sind daher genauso unsozial wie die Gebühren. Der Erwerb eines qualifizierten Hochschulabschlusses ist damit nur noch Menschen möglich, die aus reichen Familien kommen und sich das Studieren leisten können. Der Studienabbruch dürfte damit auch bei diesem Modell für viele zur Regel werden. Die Lenkungswirkung, die Gebühren angeblich haben sollen, gibt es nicht.

Mit Studienkonten ändert sich aber auch das Verständnis von Bildung völlig. Denn zur Zeit ist Bildung an der Uni frei zugänglich (wenn man es schafft, sich das sonstige Leben zu finanzieren ...). Mit Studienkonten wird aus dem freien Zugang ein künstlich eingeschränkter. Bildung wird zu einer verkäuflichen Ware. Dies entspricht nicht dem Bildungsverständnis, welches wir haben: Bildung ist ein Grundrecht und muss es bleiben!

Unser Streik muss sich deswegen gegen jede Art von Studiengebühren richten - auch gegen Studienkonten. Lassen wir uns nicht durch einen faulen Kompromiss über den Tisch ziehen!

Johannes Bock

Fachschaftsrat Musikwissenschaft

gefunden in der BSZ Nr 560 (Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung)

Was wollten die eigentlich?

Streikforderungen der Studierenden

Während die Medien den Streik von 1997 auf die Parole "Mehr Bücher bitte" reduzierten, debattierten die Studierenden in Vollsammlungen über sehr viel weiter gehende Forderungen: vom Protest gegen Sparmaßnahmen bis zum Gegen-Modell einer selbstbestimmten "Bildung für alle". Ein dokumentarischer Überblick von Thomas Ernst in ihren Resolutionen und Forderungskatalogen gingen die Studierenden zunächst auf die aktuellen Entwicklungen ein. So wandten sie sich gegen die beschlossenen Sparmaßnahmen und forderten ihre sofortige Rücknahme (z.B. sollen an der FU Berlin die Zahl der Professuren von ca. 600 auf 360 gesenkt und ganze Fachbereiche geschlossen werden). Außerdem lehnten sie die vorgelegte vierte Novelle des HRGs ab. Stattdessen forderten die Studierenden das Verbot sämtlicher Formen von Studiengebühren sowie von Regelstudienzeiten, Zwangsberatungen und -examinationen. Außerdem wandten sie sich gegen die Einführung des (wirtschaftlichen) Wettbewerbs zwischen Hochschulen durch die HRG-Novelle sowie die Ablösung der Profilierung der Universitäten von inhaltlichen durch wirtschaftliche Kriterien.

Diese Reaktionen auf die aktuelle "Deform" der Hochschulen verknüpften die Streikenden aber mit dem Kampf für alte Forderungen, die noch nicht durchgesetzt werden konnten und die als Gegen-Modell zur gegenwärtigen Entwicklung zu lesen sind. Die Studierenden wünschen sich ihre Hochschulen als selbstbestimmte und unabhängige Orte, in denen sie selbst frei über die Länge und Schwerpunktsetzung ihres Studiums entscheiden können sowie ein

Mitspracherecht bei den Inhalten von Forschung und Lehre erhalten - die wären dann weitaus kritischer als in der Gegenwart, wie die "alternativen Vorlesungsverzeichnisse" in den Tagen der "Gegen-Uni" verriet. Außerdem wünschen sie sich, daß vermehrt Gelder für selbstbestimmte Studienformen wie z.B. Projekt Tutorien zur Verfügung gestellt werden. Doch die Studierenden wollen nicht nur stärker innerhalb der Hochschulstrukturen mitarbeiten können, sondern fordern zugleich die Demokratisierung der Hochschulen: Innerhalb der universitären Gremien sollen die ProfessorInnen-Mehrheiten durch eine stärkere Beteiligung der Studierenden abgelöst werden, die außerdem alle sie selbst betreffenden Gesetze auf Bundes- und Landesebene mitgestalten wollen.

Der Zugang zu diesen kritischen, autonomen Hochschulen sollte frei sein, um die Idee der "Bildung für alle" zu verwirklichen. Die Studierenden fordern die Abschaffung aller Auswahlverfahren wie "Numerus Clausus" oder Auswahlgespräche, stattdessen sollen zusätzlich Möglichkeiten des Hochschulzugangs ohne Abitur eröffnet werden, auch die Wahl des Studienortes sollte frei sein. Damit im Vorfeld und während des Studiums Chancengleichheit besteht, fordern die Studierenden eine Ablösung des BAföGs durch eine soziale Grundsicherung für alle (Studis). Doch die Studierenden verlangen nicht nur finanzielle Gleichbehandlung, sondern auch aktive Maßnahmen zur Gleichstellung benachteiligter Gruppen wie Frauen, Behinderte, (nicht-EU-)AusländerInnen, (Alleinerziehende) Eltern und Berufstätige.

gefunden beim DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung)

Abgespeckt und marktgerecht

Hochschulreform im Standort Deutschland

Der Reform der Hochschule, von allen Politikern gefordert, ist tatsächlich schon im Gange. Jetzt soll Gesetz werden, was sich an vielen Unis stillschweigend bereits etabliert. Ein Blick auf das neue Hochschulrahmengesetz und die "reformierte Hochschule" von Benno Nothardt

Seit Jahren klagen Politik und Medien über die sogenannte Akademikerschwemme. Zwar ist das Überangebot an Akademikern auf dem Arbeitsmarkt längst nicht so groß, wie das Bild suggeriert, aber die "Schwemme" war trotzdem ein geeignetes Argument, den Einstieg in den Ausstieg aus BAföG und Arbeiterkinderhochschule durchzusetzen. Unter der Regierung Kohl wurden die früheren Hochschulreformen durch neoliberale Umgestaltungen abgelöst. Mit der vierten Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) werden jetzt die Neuerungen der letzten Jahre bundesweit vereinheitlicht.

Moderne Finanzierung: private-public-partnership

Hier heißt das Zauberwort "Drittmittel". Für ein paar Mark können Industriebetriebe Forschungsprojekte einkaufen. Die Infrastruktur der Hochschule steht ihnen dabei umsonst zur Verfügung, und die Projekte werden meist aus anderen Quellen mitfinanziert: Staatliche Stiftungen, Fachbereich und Rektorat legen kräftig drauf. Abgelehnt werden Drittmittelprojekte aus der Industrie nur selten, da die staatliche Grundversorgung der Hochschulen zunehmend nach Leistungs- bzw. Evaluationsparametern vorgenommen wird - und die eingeworbenen Drittmittel stellen den wichtigsten Parameter dar.

Unternehmen müssen also immer weniger Geld aufbringen, um Forschungsprojekte an Unis zu kaufen, da jede Mark Drittmittel über den Drittmittelparameter auch ein paar Mark mehr staatliche Grundfinanzierung einbringt. Durch diese zunehmende staatliche Bezuschussung kann die Industrie Arbeitsplätze in privaten Forschungseinrichtungen abbauen und Forschung in die Hochschulen verlagern. Die Forschungskosten werden dadurch weitgehend vergesellschaftet.

85 % der Drittmittel kommen jedoch von Bund,

Ländern und staatlichen Stiftungen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Es handelt sich dabei um Gelder, die den Hochschulen nicht direkt als Grundversorgung zur Verfügung gestellt werden, sondern als Projektförderungen, für die sich interessierte bewerben können. Ein Teil dieser Gelder fließt, wie oben erwähnt, in Industrieprojekte. Bund und Länder begreifen das gezielte Fördern einzelner Projekte aber auch als Steuerungsmittel. Formal gesehen bleibt die Hochschulautonomie erhalten, tatsächlich jedoch entscheiden Privates und Staatliches Kapital, welche Fächer und Projekte im inszenierten Standortwettbewerb bestehen können und welche Pleite gehen.

Die Entscheidungsstrukturen werden dereguliert und "verschlankt"

Im alten Hochschulrahmengesetz wurden die Entscheidungsstrukturen an Hochschulen weitgehend geregelt. Diese Regelungen entfallen in der Neufassung. Nichtwissenschaftlichen Angestellten, Studierenden und Mittelbau können damit die geringen Mitbestimmungsrechte entzogen werden.

Angestrebt werden schlanke Entscheidungsstrukturen und eine Straffeführung. In diesen Bereich gehören die sogenannten Boards. Dabei handelt es sich um Gremien, die aus einigen wenigen Hochschulmitgliedern wie ProfessorInnen und RektorInnen sowie aus VertreterInnen aus Politik und Wirtschaft bestehen. Solche Boards können jetzt als oberste Entscheidungsgremien eingesetzt werden und somit IndustrievertreterInnen neue Wege zur Kontrolle der Hochschulen eröffnen.

Um Studierende besser in die autoritären Strukturen zu integrieren und sie über ihre Machtlosigkeit hinwegzutäuschen, sollen sie stärker an Projekten wie Tutorienprogrammen "beteiligt" werden. Außerdem sollen sie verstärkt die Lehrleistung von DozentInnen bewerten dürfen.

Zurück zur Eliteuni?

Durch BAföG-Kürzungen und Studiengebühren sinkt der Anteil von Studierenden ohne reiche Eltern schon seit Jahren. Verschärfte

leistungskontrollen beim zugang zum studium (numerus clausus und aufnahmeprüfung) und während des studiums (zwischenprüfungen, leistungskontrolle nach dem zweiten semester, zwangsexmatrikulation bei regelstudienzeit-überschreitung, zwangsberatung) bauen zusätzlich hürden für diejenigen auf, die sich keine nachhilfestunden leisten konnten und neben ihrem studium jobben müssen.

Die befürchtung einiger teilnehmerInnen des letzten studierendenstreiks, der ideelle gesamtkapitalist wolle gar nicht mehr in die zukunft des humankapitals investieren, scheint allerdings unbegründet. Vielmehr soll das hochschulsystem stärker gegliedert werden. Für einen großteil der studierenden sollen 6semestrige kurz-studiengänge namens bachelor eingeführt werden. Für die angehende elite sollen darauf aufbauende studiengänge (masters) oder aber privatunis geboten werden. Den oberen 5 % soll so auch

weiterhin freies und interdisziplinäres langzeitstudieren möglich sein. Privatunis halten sich ungeliebte asoziale zwar per studiengebühren fern, finanziert werden die privaten aber trotzdem zu einem nicht unbeträchtlichen teil aus staatlicher hand. Ist die reformierte hochschule ein neoliberaleres ideal?

Die derzeitige hochschulpolitik entspricht insofern neoliberaler praxis, als sie die hochschulen einem standortwettbewerb aussetzt und den leistungswettbewerb unter studierenden verstärkt. Der vermeintlich freie markt, auf dem diese wettbewerbe ausgetragen werden, ist jedoch eine staatliche inszenierung. Der staat finanziert weiterhin ausbildung und forschung im sinne des gesamtkapitalistischen interesses, und er gibt gleichzeitig den kapitaleignern mehr möglichkeiten, einfluss auf die hochschulen zu nehmen.

gefunden beim DISS (Duisbzrger Institut für Sprach- und Sozialforschung)

Studiengebühren im Ausland

Zu unterscheiden sind vier Grade von Gebühren :

- § Das Studium ist kostenlos : Dänemark & Griechenland
- § Es muss nur ein Sozialbeitrag bezahlt werden (max 73€) : z.B. Schweden ,Finnland
- § Einschreibe-/Studiengebühren (bis 4580 €) : z.B. England, Österreich, Irland, Spanien, Portugal, NL, Belgien
- § Einschreibengebühren + Sozialbeiträge : z.B.: Frankreich, Italien, Island

Frankreich

Staatliche Hochschulen : 140 – 305 € / Jahr (Einschreibengebühren)
private Hochschulen : bis 6100 € / Jahr

USA

public colleges / universities : 4000 \$ - 13000 \$ / Jahr

private colleges / universities : 11000 \$ - 25000 \$ / Jahr

Großbritannien

unterscheidet zwischen Engländern / EU-Ausländern sowie Nicht-EU-Ausländern. erstere bezahlen für ein Studium 1640 € , letztere je nach Studiengang und Uni 7350 € - 24500 €

Italien

Gebühren von ca. 500 € / Jahr, Anhebungen sind geplant

Der Verweis auf andere Länder ist zur Begründung von Studiengebühren in Deutschland aufgrund anderer Hochschulsysteme, Bildungstraditionen, Stipendiensituation und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ungeeignet. Insbesondere führt der Rückgriff auf die Erfahrungen mit Studiengebühren in angelsächsischen Ländern - an amerikanischen

Privatuniversitäten beispielsweise - wegen der erheblich anders gearteten Universitätstradition nicht weiter. Wenn der bildungs-, standort- und sozialpolitische Grundsatz aufrechterhalten werden soll, dass junge Menschen aus ärmeren Bevölkerungsschichten nicht über Gebühren vom Studium abgehalten werden dürfen, dann scheiden die USA als Vorbild von vornherein aus,

ebenso Japan. In den Vereinigten Staaten erzwingt zudem die zunehmende Krise des Bildungswesens Überlegungen, auch Hochschulen stärker öffentlich zu subventionieren. Da außerdem in den USA 95% aller Studenten ein Stipendium erhalten, ist ein Vergleich zu Amerika aus finanztechnischen Gründen (= Haushaltslöcher stopfen) kaum sinnvoll.

Dass Studierende in anderen Ländern Studiengebühren unterschiedlicher Höhe mehr oder minder klaglos zahlen, liefert keine zwingenden Gründe für die Einführung derartiger

Gebühren in Deutschland. Mehrere Mitgliedstaaten der EU können auf Studiengebühren trotz größerer Haushaltsprobleme verzichten. Und europäische Erfahrungen - beispielsweise in der Schweiz - zeigen auch, dass Studiengebühren beziehungsweise ihre Erhöhung vom Studium abhalten.

Ein ehrlicher Vergleich mit anderen Ländern müsste also nicht nur die Existenz solcher Gebühren nennen, sondern auch deren Folgen exakt recherchieren und dokumentieren. (was wir aufgrund der kurzen Zeit noch nicht ausreichend tun konnten!)

Funktion und Umbau der Universitäten oder alter Wein in neuen Schläuchen

Intro

(1) Bundesweit werden, wenn auch mit regionalen Unterschieden, die Hochschulen nach "neoliberalen" Kriterien umgebaut und die StudentInnen mit einer "Phraseologie des Grauens" (z.B. "Ergebnissteuerung", "Drittmittelfinanzierung", "konsekutive Studiengänge", "marktdäquate Weiterbildungsangebote" etc., etc.) traktiert. Im Zuge dieser Entwicklung und der drohenden Privatisierung von (finanziell lukrativen) Teilen des Bildungssystems durch das GATS (General Agreement on Trade in Services = Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) regen sich langsam selbst in der BRD Anfänge des studentischen Protests. Diese sollten als Chance begriffen werden. Vereinzelt und unorganisiert, wird es nicht möglich sein, mühsam erkämpfte studentische Freiräume zu verteidigen und eine weitere Verschärfung der Bedingungen (z.B. Zugangsbeschränkungen, Senkung des Zeitlimits, Erhöhung der Leistungsanforderungen) zu verhindern. Allerdings beschränken sich leider viele Protestierende darauf, ihre Forderungen nach mehr Geld, durch die Anbiederung an den "Standort" zu

legitimieren, oder das (idealisierte) bisherige Bildungssystem zu verteidigen. Dabei wird vor allem der "Einflußverlust der demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen" beklagt. Geflissentlich wird außer Acht gelassen, dass es ja gerade die Parlamente und Regierungen sind, die Verträge wie das GATS und die Umbaumaßnahmen vorantreiben. Außerdem stellen auch die jetzigen Unis keinen Ort der Emanzipation dar, sondern bereiten die Studierenden durch Leistungsdruck und Selektion auf den Arbeitsmarkt vor. Wir werden uns daher bemühen, in diesem Text kurz die Funktion der Unis im Kapitalismus aufzuzeigen, bevor einige Tendenzen und Auswirkungen der aktuellen Veränderungen dargestellt werden. Außerdem werden wir versuchen, Alternativen zum jetzigen Unibetrieb zu entwickeln. Es ist uns natürlich klar, dass alle im Text angesprochenen Punkte ausführlicher erörtert werden könnten und sich auch noch viele zusätzliche finden ließen

Funktion der Unis im Kapitalismus

Fortsetzung übernächste Seite

Bundesländer SeniorenstudentInnen	Immatrikulations-/Rückmeldegebühr Ausländische StudentInnen	Langzeitstudenten	Zweitstudium	
Baden-Württemberg	51	511	-	-
-				
Führend, was die Einführung von Studiengebühren angeht.				
Wirtschaftsminister Frankenberg prinzipiell für höhere Gebühren vom ersten Semester an.				
Bayern	-	-	511	-
-				
TU-München hat zusammen mit dem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) ein Konzept mit Studiengebühren bis 12.000 erarbeitet. Promotion darf höchstens 6 Semester dauern.				
Berlin	51	-	-	-
-				
Brandenburg	51	511 geplant	-	-
-				
Bremen	Gebühren sind nicht offen diskutiert. Bis Bürgerschaftswahlen 2002 stehen erstmal keine an. Bildungssenator Lemke hält sie allerdings auf Dauer für unausweichlich, will Niedersachsen folgen.			
Hamburg	-	500 geplant	-	-
10.226 geplant				
Hessen	Bis 2000 Studiengebührenverbot, jetzt nur noch ein wenig Schutz durch die Verfassung. Langzeitstudiengebühren sind nächster logischer Schritt.			
Mecklenburg-Vorpommern	-	-	-	-
-				
Niedersachsen	51	500 ab SoSe03	-	-
-				
Nordrhein-Westfalen	50 geplant	650 geplant	650 geplant	650
geplant	-			
Rheinland-Pfalz	Studienkontenmodell, bei Überschreitung der SWS Gebühr bis 511			
Saarland	-	500	-	-
-				
Sachsen-Anhalt	-	-	-	-
-				
Sachsen	-	-	307	-
-				
Schleswig-Holstein	-	500 geplant ab 2 Se		-
-	-			
Thüringen	-	-	-	-
-				

(2) Das Bildungssystem ist ein integraler Bestandteil der herrschenden Verhältnisse. Das Bildungssystem zu kritisieren, muss auch heißen, gesellschaftliche Verhältnisse in Gänze zu kritisieren! Die Universität ist - trotz oder gerade wegen der "Freiheit von Forschung und Lehre" - eine Institution, die Menschen in der Lehre mittels Konkurrenz und Leistungsdruck für den Arbeitsmarkt normiert. Gleichzeitig wird in der Forschung der Verwertung des Wissens (Patentrecht) Priorität gegenüber ihrer Hauptstütze, dem kommunikativen Informationsaustausch, eingeräumt. Diejenigen, die die Selektion in der Schule am besten überstanden haben, werden hier weiter zur Elite geformt. Die Anerkennung der Pflicht, im gesellschaftlichen System zu funktionieren, wird an den Schulen mittels Zwang verinnerlicht. Dieser Prozeß setzt sich an den Universitäten auf (scheinbar) freiwilliger Basis fort. Zwang erfolgt dort durch den drohenden Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt und den zeitlichen Rahmen, der vorgegeben wird, diese Konkurrenz so früh wie möglich zu "genießen". Wie diese Zeit- und Zielvorgaben umgesetzt werden, bleibt im Ermessen der Studierenden, die jedoch ständig daran erinnert werden, Leistung auch zu bringen und freie Zeit nicht selbstbestimmt zu nutzen. Dabei "helfen" u.a. Studien- und Prüfungsordnungen, Zwangsexmatrikulationen, drohende BAföG-Streichungen und in naher Zukunft wohl auch bundesweit Studiengebühren, zumindest für die als "faul" diskriminierten Langzeitstudierenden.

(3) Der Aufwand für permanenten Zwang wäre schließlich auch zu groß. Das gesellschaftliche System und zuvorderst der Arbeitsmarkt braucht Menschen, die freiwillig funktionieren. Wie wenig ein universitäres Studium mit freier und selbstbestimmter Bildung zu tun hat, zeigt sich auch daran, dass die StudentInnen, als mit Abstand größte Gruppe der Universität, keine nennenswerten Mitbestimmungsrechte haben. Der gewährte Freiraum endet dort, wo die Grundlagen der Institution Universität und ihrer Funktion getroffen würden. Die künstliche Trennung in "Lehrende" und "Lernende", die Lehrinhalte, die Art ihrer Vermittlung etc. sollen als gegeben und notwendig anerkannt werden. Mit der Schaffung der Akzeptanz von Autorität und vorgeblichen "Notwendigkeiten", wird die Universität ihrer Rolle als Bindeglied zwischen Schule und Arbeitswelt gerecht. Dafür winkt braven Studierenden, die ihre Leistungs- und

Anpassungswilligkeit beweisen, die Zugehörigkeit zur Elite; sie können es in dieser Gesellschaft zu etwas bringen. Diese (Aus)Bildung dient also nicht der Selbstentfaltung, sondern orientiert sich an wirtschaftlichen Interessen. Durch konstruierte Lehrpläne, ohne Bezug zu individuellen Interessen von Menschen, durch Lehrinhalte, die in einem festgelegten Zeitrahmen absolviert werden müssen, wird weder die selbstbestimmte Entwicklung und Entfaltung des Individuums noch Kreativität und Kritikfähigkeit gefördert.

Aspekte des "neoliberalen" Hochschulumbaus

(4) Auch wenn die Funktion der Universitäten im großen und ganzen gleich geblieben ist, so geht der Wandel in den kapitalistischen Staaten nicht spurlos an den Hochschulen vorüber. Wie angekündigt, hier nun einige... Aspekte des "neoliberalen" Hochschulumbaus

Privatisierung des öffentlichen Raums Universität

(5) Einhergehend mit der Ideologie des freien Marktes, der angeblich die effektivsten Lösungen produziert und Chancengleichheit für alle bietet, wird selbst der theoretische Anspruch der Universität als öffentlicher Raum nach und nach aufgegeben. Zu nennen ist hierbei vor allem das auch von der EU ratifizierte GATS, welches vorsieht, dass früher oder später privaten Unternehmen Zugang zu allen nicht rein staatsmonopolistisch geführten Dienstleistungssektoren gewährt werden muss. Eine der Auswirkungen dieses "neoliberalen" Trends sind Pläne zur Umsetzung von "Hochschulautonomie" und "Globalhaushalten", welche den Unis die Umwandlung in private Rechtsformen ermöglicht. Weitere sind die verstärkte Einwerbung von Drittmitteln, privatwirtschaftliche Betätigung, eigene Auswahl von Studierenden und Studienschwerpunktsetzung. Durch die chronische Unterfinanzierung wird ihnen dann auch nichts anderes übrig bleiben. In Zusammenhang damit ist auch die Ausbreitung von (kommerzieller) Werbung an den Unis zu sehen, die zudem ein Klima des Konsumterrors schafft, welche die StudentInnen immer auch an ihre Rolle als KonsumentInnen (und die dafür "notwendigerweise" zu erbringende Leistung) erinnert.

Studiengebühren und (Aus)bildung als Ware

(6) Schrittweise werden in verschiedenen Varianten (neuerdings Studienkonten und Bildungsgutscheine) Studiengebühren eingeführt. Zur besseren Legitimation trifft es zuerst die als "faul" diskriminierten Langzeitstudierenden, aber prinzipiell ermöglicht die sechste Novelle des HRG (Hochschulrahmengesetzes) den Bundesländern, Gebühren schon ab dem ersten Semester zu erheben. Studiengebühren bedeuten nicht nur eine Verschärfung der (sozialen) Selektion und des Leistungsdrucks und damit auch eine weitere Einschränkung des individuellen Gestaltungsspielraums, sondern auch die Transformation der (Aus)bildung in eine Ware. Für ihre bessere Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt, sollen die StudentInnen zahlen – oder anders ausgedrückt: in ihr persönliches Humankapital investieren. Dazu passt auch die Forderung zur Verkürzung der Studienzeiten und der Trend zur Schaffung kostenpflichtiger Weiterbildungsangebote. In möglichst kurzer Zeit soll sich das nötige Wissen für den Arbeitsmarkt angeeignet und später immer wieder auf eigene Kosten aktualisiert werden.

kommentieren

Verschärfung von Ausgrenzung, Selektion und Repression

(7) Die mit dem "Neoliberalismus" einhergehende Verschärfung des Konkurrenzkampfes spiegelt sich auch an den Unis wieder. Ein Beispiel dafür ist die Einführung konsekutiver und modularisierter Studiengänge (Bachelor/ Master), die unter dem Vorwand der "internationalen Vergleichbarkeit von Studienabschlüssen" eine Verschulung des Studiums (Bachelor) forciert - eine "wissenschaftliche Ausbildung" steht dann nur noch denen zu, die genügend Leistung für einen Master-Abschluss bringen. Zu der zunehmende Verregulierung passt aber auch die Umwandlung von Studienausweisen in Chipkarten. Diese eröffnen neue Möglichkeiten, Seminarbesuche zu kontrollieren und den Zugang zu universitären Bereichen zu beschränken. Waren die Bildungsmöglichkeiten schon immer durch unterschiedliche Finanzlage und Schulabschluß eingeschränkt, so stehen inzwischen auch die Mittel

zur Verfügung "störende Elemente" (Obdachlose und andere Marginalisierte) vom Universitätsgelände fernzuhalten. Dazu sind Videoüberwachung und Einsatz von Sicherheitsdiensten nützliche Instrumente und haben dementsprechend Hochkonjunktur. Die Unis sollen ja schließlich "sauber und sicher" sein. Elitebildung und Ausgrenzung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Alternativen ...?

(8) Alternativen ...? Eine Uni unserer Vorstellung müsste ein Ort sein, an dem Menschen (unabhängig von Alter, Vorkenntnissen und sonstigen Ausgrenzungsmechanismen) zusammenkommen können, um sich gemeinsam und gleichberechtigt nach ihren eigenen Interessen zu bilden, ohne einem Verwertungszwang zu unterliegen. Dies ist zwar unter den strukturellen Sachzwängen des Kapitalismus bestenfalls ansatzweise zu verwirklichen, aber wir wollen auch nicht auf einen Zustand "nach der Revolution" warten. Ein Anfang könnte z.B. die Organisation alternativer Seminare sein. Diese stellen nicht nur ein "Experimentierfeld" für Selbstorganisation dar, sondern bieten auch die Chance, sich bereits im hier und jetzt möglichst gleichberechtigt mit selbstgewählten Themen zu befassen. Die Alternativen sollten Ausgangspunkt sein, die eigenen Spielräume zu erweitern, gleichzeitig müssen wir aufpassen, nicht nur als Innovationspotential in die Annalen des Kapitalismus einzugehen.

gefunden bei: www.opentheory.org

in der nächsten Ausgabe:
Untersuchung der bildungspolitischen
Aussagen der Parteien.

AK INHALT